

Die Handelspolitik der DDR in Japan ambitionierten Ziele und Hintergründe

Shogo Akagawa

Hinsichtlich der deutsch-japanischen Beziehungen gibt es einen "weißen Fleck". Wenn von den "deutsch-japanischen Beziehungen in der Nachkriegszeit" gesprochen wird, bezieht man sich für den Zeitraum bis 1989 meist auf das Verhältnis zwischen Japan und Westdeutschland beziehungsweise ab 1990 auf die Beziehung zwischen Japan und der Bundesrepublik. Gerne wird dabei übersehen, daß es noch eine andere deutsch-japanische Beziehung gab: die zwischen Japan und der Deutschen Demokratischen Republik. Es wäre voreilig, aufgrund der schlechten Quellenlage zu dem Schluß zu kommen, daß den Beziehungen zwischen der DDR und Japan historisch gesehen keine Bedeutung zukommt. Schon in den 1950er Jahren, noch während der Herrschaft Stalins, begannen sich Beziehungen zwischen Japan und der DDR auf wirtschaftlichem Gebiet zu entwickeln. Das Interesse der DDR an außenpolitischem Kontakt zu Japan lag nicht nur in dem Streben nach internationaler Anerkennung begründet, auch der Wunsch nach einer Vertiefung der handelspolitischen Beziehungen spielte eine große Rolle. Die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) war sich der führenden Rolle der japanischen Wirtschaft vor allem im Bereich der Spitzentechnologie durchaus bewußt, und man bemühte sich trotz des Embargos des "Koordinationsausschusses für multilaterale Ausfuhrkontrollen" (CoCom) jede Möglichkeit zur Ausweitung der Handelsbeziehungen zu nutzen. Der Mangel an Devisen und konkurrenzfähigen Produkten und das zunehmende Nicht-Schritt-Halten-Können der ostdeutschen Planwirtschaft führten jedoch rasch zu einem starken Ungleichgewicht in der ostdeutsch-japanischen Handelsbilanz und letztlich nicht nur zum Ende der ostdeutsch-japanischen Beziehungen, sondern zum Ende der DDR. Im Folgenden werden Fakten und Hintergründe der Handelspolitik der DDR in Japan anhand von Zeitzeugenberichten und Archivmaterial dargestellt.

Der Aufbau der Wirtschaftsbeziehungen bis 1973

Aufgrund der Hallstein-Doktrin und der Ost-West-Spannungen gab es bis zum Jahre 1973 keine diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und Japan. Diesen Hindernissen zum Trotz versuchte die DDR in Japan Fuß zu fassen. Das Interesse Ostdeutschlands an Japan nahm besonders ab Mitte der 1960er Jahre zu, als sich das japanische Wirtschaftswunder immer stärker abzeichnete.

1.1 Die Kalisalz-Geschäfte der 1950er Jahre

Am 7. Oktober 1949 wurde die DDR gegründet. Im Fernen Osten begann im Juni 1950 der Koreakrieg. Man befand sich in der Zeit des Stalinismus und der Anfangsphase des Kalten Krieges. Der Friedensvertrag von San Francisco wurde erst am 8. September 1951 unterzeichnet, und Japan stand unter US-amerikanischer Besatzung. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt bahnte sich eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Japan und der DDR an.

Japan wollte Kalisalze als Düngemittel aus der DDR importieren. Dünger war neben Kohle, Stahl und Strom Teil des "Systems der Produktion auf Prioritätsbasis", bei dem man mittels langfristiger Kredite der Rehabilitation Finance Corporation wichtige wirt-

schaftliche Kernbereiche Japans wiederaufbauen wollte. Es herrschte akuter Nahrungsmangel, und inländisch produzierter Stickstoffdünger stellte das wichtigste Düngemittel für die japanische Landwirtschaft dar. Da der Bedarf jedoch nicht mittels inländisch abbaubarer Rohstoffe abgedeckt werden konnte, genehmigte die japanische Regierung, trotz geringer Fremdwährungsreserven, den Bezug von Kalisalzen aus dem Ausland.

Im Mai 1949 stand im japanischen Oberhaus die Steigerung der Lebensmittelproduktion auf der Agenda. Uemon Ikeda (1894–1960), Parlamentarischer Staatssekretär des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, hatte bereits konkrete Vorstellungen: “Wir erwägen Kali-Düngemittel aus Deutschland zu importieren”.¹ Im Dezember des Folgejahres wurde Hideo Sutou (1898–1981), Leiter des Headquarter for Economic Stabilization, das maßgeblich für die Planung und Festlegung der Wirtschaftspolitik verantwortlich war, während einer Diskussion über die Maßnahmen gegen den Düngemittelmangel im Parlament noch deutlicher: “Wir planen eine Erhöhung der Produktion von Düngemitteln. [...] Als vorläufige Maßnahme müssen wir bis zu einem gewissen Grad importieren. [...] In der DDR könnte es gutes Kali geben”.² Tatsächlich fand spätestens im Jahr 1950 ein Import von Kalisalzen aus der DDR statt.³

Während des Zweiten Weltkriegs hatte das japanische Militärregime auch die Kontrolle über Wirtschaft, Kultur und Sport inne. Als Reaktion versuchte ein Teil der japanischen Unternehmer sowie linksliberal orientierten Wirtschaftspolitiker den Austausch auf dem Gebiet von Wirtschaft und Kultur aus Schuldgefühl und Pazifismus nach dem Krieg möglichst von der USA-nahen Außenpolitik des Landes zu trennen. Kei Hoashi (1905–1989), ein ehemals hochrangiger Staatsbeamter und Mitbegründer des bedeutendsten Wirtschaftsverbandes Japans, Keizai Doyukai (Japan Association of Corporate Executives), flog trotz massiver Proteste der konservativen japanischen Regierung im April 1952 nach Moskau. Dort wollte er an einer internationalen Wirtschaftskonferenz teilnehmen und flog im Anschluß weiter nach China. In der Folge seines Besuchs kam es zwischen Japan und China zu ersten Handelsbeziehungen. Diese beschränkten sich zwar auf die Unternehmensebene, begannen aber bereits weit vor der Besserung der diplomatischen Beziehungen 1972.

Das Ende des Koreakrieges 1953 und der Machtwechsel in der UdSSR nach dem Tod Stalins sorgten auch bei den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und der DDR für Rückenwind. Anfangs entwickelten sich die Handelsbeziehungen gut. 1954 unterzeichnete eines der wichtigsten japanischen Handelsunternehmen, Nichimen Jitsugyo, mit der DDR ein Abkommen über den Austausch von Waren im Wert von 1,9 Millionen Dollar. Japan sollte Textilrohstoffe ausführen und dafür Kalisalz aus der DDR beziehen⁴. Die Kaliproduktion der DDR steigerte sich allein durch den Nichimen-Jitsugyo-Auftrag von 12 364 Tonnen im Fiskaljahr 1952 auf 60 544 Tonnen im Jahr 1954.⁵ Entsprechend wuchsen die Erwartungen der DDR. “Nach Rücksprache mit der DWV kann

1 Stenographischer Bericht vom 7. Mai 1949, Sangiin (Oberhaus): Norin-iinkai (Landwirtschaftsausschuß).

2 Stenographischer Bericht vom 8. Dezember 1950, Shugiin (Unterhaus): Norin-iinkai (Landwirtschaftsausschuß).

3 Ryogo Watabe, der Leiter der Wirtschaftsabteilung im Ministerium für Landwirtschaft und Forste, erklärt: “der Kali-Import aus der DDR begann im Jahr Showa 25 (1950)”. Stenographischer Bericht vom 19. April 1957, Shugiin (Unterhaus): Kessan-iinkai (Bilanzausschuß).

4 Heute Eröffnung der DDR-Ausstellung in Helsinki Warenaustausch zwischen der DDR und Japan. In: “Neues Deutschland” vom 19. Mai 1954, S. 1.

5 Äußerung von Shizuo Ishibashi, Vorstandsmitglied von Nichimen Jitsugyo. Stenographischer Bericht vom 13. Mai 1957, Shugiin (Unterhaus): Kessan-iinkai (Bilanzausschuß).

die Kalimenge für Japan kann durchaus erhöht werden.“, hieß es in einem Bericht des ostdeutschen Außenministeriums vom 22. Mai 1955 an Japan.⁶

Das Kaligeschäft verlor für die japanische Regierung jedoch rasch an Bedeutung. In den Jahren 1955/56 gab es im Parlament dazu immer wieder Debatten. Kritisiert wurde, daß die Kalipreise inzwischen stark gestiegen waren.⁷ Man hegte in Japan den Verdacht, es bestünde ein Kalikartell, an dem auch die DDR beteiligt sei. Dieser Verdacht war nicht ganz grundlos. Zwar gehörte die DDR keinem Kartell an, beobachtete aber den Kaliexport von Frankreich, Spanien und Westdeutschland. Man sah darin einerseits Konkurrenz, wollte aber auch nicht zu billig anbieten bzw. gab Schwankungen der Frachtkosten direkt an Japan weiter.⁸ Zusätzlich kam in Japan der Verdacht auf, daß jene Firmen, die in Japan Kaliimporte aus der DDR verkauft hatten, Schmiergelder an Regierungs- und Verwaltungsbeamte gezahlt hätten. Landwirtschaftsminister Ichiro Kono (1898–1965), ein politisches Schwergewicht der konservativen Liberaldemokratischen Partei (LDP), der eine wesentliche Rolle bei der Aushandlung der Gemeinsamen Sowjet-Japanischen Erklärung von 1956 spielen sollte, stand auch unter Verdacht. 1957 wurden Vertreter der LDP, Manager der Handelsunternehmen und Beamte des Landwirtschaftsministeriums von der oppositionellen Sozialistischen Partei Japans (SPJ) mehrmals im Parlament dazu befragt.⁹ Man konnte jedoch keine Beweise gegen den Minister vorlegen und so entging Kono einer Verhaftung. Die Kaliimporte aus der DDR gingen indes immer weiter zurück.

1.2. Wachsendes Interesse an der Wirtschaftsmacht Japan in den 1960er Jahren

Zwischen 1955 und 1965 stagnierten die Beziehungen zwischen der DDR und Japan. Während es mit der “Sowjetisch-Japanischen Erklärung von 1956” gelang, die diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion wiederherzustellen, stand die westdeutsche Hallstein-Doktrin einer Beziehung zwischen Japan und der DDR im Wege. Aus westdeutscher Sicht war eine Annäherung zwischen dem Ostblock und Japan nicht wünschenswert. Dies wurde auch bei dem achttägigen Japan-Besuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967) im Jahr 1960 deutlich. Zum Zeitpunkt seines Besuchs gab es in Japan heftige Proteste von Studenten und linken Parteien gegen den “Vertrag über gegenseitige Kooperation und Sicherheit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten”. Adenauer befürchtete einen politischen Linksruck und sprach sich in seiner Rede vor dem japanischen Parlament für ein deutsch-japanisches Bündnis aus, mit dem sich Japan und Westdeutschland gegen den Kommunismus zusammenschließen sollten.¹⁰

In dem 1960 unterzeichneten “Vertrag über gegenseitige Kooperation und Sicherheit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten” bat Japan um Unterstützung seiner Sicherheitspolitik gegenüber der Sowjetunion. Auch Premierminister Hayato Ikeda (1899–1965), der 1960 sein Amt antrat, bemühte sich darum, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit den USA und den westeuropäischen Ländern zu vertiefen und Japan im Westen zu verankern. Er wollte, daß Japan neben den USA und Europa als dritte Säule der kapitalistischen, demokratischen Welt anerkannt werden sollte, um

⁶ SAPMO BArch DL2/1776, S. 125, Der Handel DDR-Japan (letzter Stand)

⁷ Stenographische Berichte vom 21. Juli 1955, Sangiin (Oberhaus): Yosai-iinkai (Haushaltsausschuß), und vom 30. Mai 1956, Shugiin (Unterhaus): Norin-iinkai (Landwirtschaftsausschuß).

⁸ SAPMO BArch DL 2/1776, S. 22 bis 24, Vermerk über die Entwicklung des japanischen Kaligeschäftes seit 1948.

⁹ Stenographische Berichte vom 18. April 1957, 19. April 1957, 26. April 1957 und 6. Mai 1957, Shugiin (Unterhaus): Kessan-iinkai (Bilanzausschuß).

¹⁰ Tamemasa Masayo: Aratana nichidokukankei no mosaku? (Versuch einer neuen deutsch-japanischen Beziehung?). In: Shakaikagaku (Fachzeitschrift der Doshisha-Universität) 2013/05, S. 85 f.

dadurch das vorherrschende Image des unter amerikanischer Besatzung stehenden Kriegsverlierers abzuschütteln.¹¹ Um dieses Ziel zu erreichen, bedurfte es eines deutlichen wirtschaftlichen Aufschwungs, der durch einen “Einkommensverdopplungsplan” realisiert werden sollte.

Unterdessen war die DDR mit dem Ziel staatlicher Anerkennung auf der Suche nach einem politischen Gegenüber, und man versuchte zunächst sein Glück mit der ideologisch gleichgesinnten SPJ.¹² Der linke Flügel der SPJ, der einen maßgeblichen Einfluß auf die Partei hatte, war stark von marxistischer Wirtschaftstheorie beeinflusst. Die erhofften Ergebnisse blieben aber aus, da die SPJ deutlich weniger politischen Einfluß besaß, als die regierende konservative LDP. Obwohl die politischen Bemühungen keinen Erfolg zeitigten, führte das rapide japanische Wirtschaftswachstum zu immer mehr Interesse auf ostdeutscher Seite. Die durchschnittliche Wachstumsrate der japanischen Wirtschaft betrug ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre bis in die 1970er Jahre rund zehn Prozent. Es herrschte ein stark ausgeprägter Unternehmergeist, und es kam zu beeindruckenden technologischen Innovationen.¹³ All das führte dazu, daß Japan im Jahr 1968 die Bruttoinlandsprodukte der westeuropäischen Länder übertraf und zur weltweit zweitstärksten Wirtschaftsmacht aufstieg.

Der Handel mit kommunistischen Ländern machte in der ersten Hälfte der 1960er Jahre nur zwei bis vier Prozent des japanischen Importes aus, wobei der Schwerpunkt auf der Sowjetunion und China lag¹⁴. Die Handelsrate mit osteuropäischen Ländern, einschließlich der DDR, lag bei unter einem Prozent. Auch in der DDR hatte man jedoch die behutsame Ausweitung der japanisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen mit großem Interesse verfolgt.¹⁵ Hier sahen die kommunistischen Länder Potential für Wachstum, und auch die DDR wollte die Möglichkeiten einer Ausweitung des Außenhandels prüfen.

1.3. Systematische Japananalyse während der Tokio-Olympiade 1964

Mit dem Austragungsort Tokio fanden im Oktober 1964 zum ersten Mal Olympische Spiele in Asien statt. Japan wollte der Welt zeigen, daß es den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich gemeistert hatte. Als ein Vorzeigeprojekt wurde die Tokaido-Strecke zwischen Tokio und Osaka der Shinkansen-Hochgeschwindigkeitsbahn in Betrieb genommen.

Auch Sportler der DDR nahmen an den Olympischen Spielen teil. Drei Monate vor dem Beginn der Spiele stellte Julius Balkow (1909–1973), Minister für Außen- und Innerdeutschen Handel, eine “Konzeption zur Entwicklung der Beziehung der DDR zu Japan” vor. “Der Handel Japans mit den sozialistischen Ländern gewinnt von Jahr zu Jahr an Bedeutung” analysierte er, wies aber auch auf Probleme hin: “Derzielgerichtete Ausbau der Handelsbeziehungen mit Japan wurde zu-dem durch fehlende zwischenstaatli-

11 Yoshitsugu, Kosuke: Ikeda Seikenki no nihon gaiko to reisen (Außenpolitik Japans während der Ikeda-Regierung und dem Kalten Krieg). Tokio 2009, S. 37.

12 SAPMO BArch DY30/JIV2/2/638, S. 63, Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 24. März 1959, V erstärkung der Kontakte mit der Sozialistischen Partei Japans.

13 Bank of Japan: Kodo seicho kara antei seicho e – Nihon no keiken to shinkokoku keizai e no gani (Vom hohen Wachstum zum stabilen Wachstum – Japans Erfahrung und Auswirkungen auf die Schwellenländer: Rede des Gouverneurs Masaaki Shirakawa vom 05. Mai 2011).

14 Keizaikikakucho (Amt für Wirtschaftsplanung): Sekai keizai hokoku Showa 39 (Weltwirtschaftsbericht 1964). <http://www5.cao.go.jp/keizai3/sekaikeizaiwp/wp-we64/wp-we64bun-5h.html> ; Zugriff: 10.November.2016

15 Heideck, Christian: Zwischen Ost-West-Handel und Opposition: Die Japanpolitik der DDR 1952–1973. München 2014, S. 155.

che Vereinbarungen überschattet". Um hier Abhilfe zu schaffen, solle eine "Handelsvertretung mit konsularischen Rechten" errichtet werden. "Zur Lösung dieser Aufgaben" sei es nötig, einen "Besuch Japans durch eine Delegation unter Leitung des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handels [...] und die Errichtung einer DDR-Vertretung in Japan durchzusetzen".¹⁶

Im September 1964 ließ die japanische Regierung dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED, Walter Ulbricht, über die Sowjetunion mitteilen, daß sie eine ostdeutsche Wirtschaftsdelegation unter der Voraussetzung empfangen würde, daß die für die Einreise erforderlichen Visa von der japanischen Botschaft in Genf ausgestellt würden.¹⁷ Damit signalisierte die japanische Regierung, daß eine Ausweitung des Handels zwar vorstellbar war, eine diplomatische Anerkennung jedoch nicht erwünscht sei. Japan hatte auf diese Art bereits seit den 1950er Jahren mit China Handel getrieben, ohne diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Es herrschte das Prinzip der strikten Trennung von Wirtschaft und Außenpolitik.

Erich Markowitsch (1913–1991), erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates der DDR, begleitete im Oktober 1964 als "Ehrengast" das Nationale Olympische Komitee der DDR nach Japan.¹⁸ Begleitet wurde er von einer "Spezialistengruppe", die sich aus etwa zwanzig Fachleuten zusammensetzte – Professoren, Leitungskader der Volkseigenen Betriebe (VEB) und Fachleuten der Staatlichen Plankommission.¹⁹ Die Delegation teilte sich in kleinere Gruppen auf und besuchte verschiedene japanische Industriebranchen, wie Schiffbau, Chemie, Elektronik, Bauwesen oder Werkzeugherstellung, um den "technischen Stand mit entsprechenden Schlußfolgerungen für uns zu analysieren und Kontakte mit der Industrie aufzunehmen".²⁰

So besuchte etwa die für die chemische Industrie zuständige Gruppe über zwanzig Unternehmen, darunter Hitachi, Sekisui Chemical, Daikin Kogyo oder Kureha Chemical Industry.²¹ Die gesamte japanische chemische Industrie befand sich zur Zeit des japanischen Wirtschaftswunders in einer Phase der Modernisierung und Umstrukturierung. Der technische Stand übertraf die Erwartung der Ostdeutschen. Die Delegation schreibt in ihrem Bericht: "Die Leistungsfähigkeit der japanischen Chemieindustrie drückt sich aus in einer großen Sortimentsbreite der Produkte mit hoher Qualität und niedrigen Kosten [...]. Der Chemieanlagenbau ist in der Lage, modernste Anlagen mit hoher Qualität und in kürzester Frist herzustellen".²²

In Bereichen wie Elektrotechnik oder Schiffbau wurde die Rückständigkeit der DDR deutlich. Nach dem Besuch in den Werken von Hitachi und Nippon Electric Company (NEC) schrieb ein Fachmitarbeiter des VEB Werks für Fernsehelektronik: "Alle Gespräche und einige Erkenntnisse machen immer wieder deutlich, daß es falsch ist, eine solch komplizierte Röhre in einem solchen alten und ungünstig gelegenen Werk wie das in Oberschöneweide liegenden zu produzieren. Die Japaner haben [...] die Erkenntnisse

16 SAPMO BArch DY 30/IV A 2/6.10/303, Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel des ZK der SED. Siebenseitiges Dokument vom 31. Juli 1964.

17 SAPMO BArch DY30/JIV2/2/951, 23. September 1964. „Information des Genossen Ulbricht über die Einladung zur Entsendung einer Handelsdelegation nach Japan“.

18 Gespräche in Japan. In: "Neues Deutschland" vom 9. Oktober 1964, S. 7.

19 SAPMO BArch D 3023/890, S. 4 f., Liste der Mitglieder der Spezialistengruppe.

20 SAPMO BArch D 3023/890, S. 6, Bericht über die Tätigkeit der Spezialistengruppe in Japan in der Zeit vom 10.10.–27.10.1964.

21 SAPMO BArch D 3023/890, S. 78 bis 86, Bericht der Gruppe Chemie/Chemieanlagen über den Studienaufenthalt in Japan in der Zeit vom 9.–27.10.1964.

22 Ebd., S. 89.

der Röhrenbauer realisiert, Röhren nur in neuen Werken, die in einer sauberen Umwelt liegen, zu produzieren”.²³

Während seines Japanaufenthalts erhielt Markowitsch von zwei japanischen Politikern, die von japanischen Handelsunternehmen vermittelt worden waren, wichtige Hinweise. Einige Handelsunternehmen, wie Kyoho Tsusho, die bereits Erfahrung im Handel mit der Sowjetunion hatten, fungierten als Sherpas der DDR-Kader während ihres Japanaufenthalts. Hisanari Yamada (1907–1987), ehemaliger Botschafter in Moskau und Kandidat in der Zeit der Vorbereitungsphase der nächsten Parlamentswahl, gab Markowitsch den Rat, zunächst “inoffiziell” mit japanischen Privatfirmen zu verhandeln, und nicht sofort offizielle Handelsbeziehungen mit der japanischen Regierung aufzunehmen.²⁴ In einem zwölfminütigen Gespräch signalisierte Yoshio Sakurauchi (1912–2003), Minister für Internationalen Handel und Industrie, daß ein Teil der japanischen Politik, auch in der konservativen Regierungspartei, an der “Erweiterung des Handels mit den sozialistischen Ländern” interessiert sei, jedoch zum Beispiel ein Handelsabkommen mit der DDR zur Zeit nicht vorstellbar wäre.²⁵

Die DDR verfolgte drei Strategien: 1. Man versuchte über die SPJ eine staatliche Anerkennung durch Japan zu erlangen. 2. Man strebte über einen formellen Dialog zwischen beiden Regierungen eine Normalisierung des Handels an. 3. Man wollte direkte Verhandlungen mit den japanischen Unternehmen führen. Oberstes Ziel war dabei immer die staatliche Anerkennung. Auf Basis der Erkenntnisse des Japanbesuchs 1964 faßte man einen neuen Plan, wie dieses Ziel zu erreichen sei: Zunächst sollten Handelsgespräche mit japanischen Firmen vorangetrieben, dann eine Handelsvertretung in Japan eröffnet und schließlich diplomatische Beziehungen aufgenommen werden. Wichtig war hierbei, daß die DDR-Delegation Interesse japanischer Unternehmen an wirtschaftlichen Beziehungen mit Ostdeutschland bestätigen konnte. “Es wäre gut, ein oder zwei große Repräsentativgeschäfte zu machen [...], um den japanischen Konzernen die Möglichkeit zu geben [...] auf ihre Vertreter im Parlament und in der Regierung einen größeren Einfluß und Druck ausüben zu können”, schrieb die DDR-Delegation in ihrem Bericht.²⁶

1.4. Leipziger Messe und “inoffizielle” Handelsvertretung

Im Mai und Juni 1967 arbeitete Gerhard Beil, Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel, intensiv an einer neuen Handelspolitik mit Japan. Auf der Sitzung des Präsidiums des Ministerrates vom 2. November 1967 legte Beil einen Vorschlag zur Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen mit Japan vor, obwohl man in Japan auch die Gefahr der “rücksichtslosen Durchsetzung“ der Interessen des Monopolkapitals gegenüber der breiten Masse des Volkes, die eine Verschärfung der sozialen Widersprüche mit sich bringt”, sah. Die DDR glaubte an eine Chance zur Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen, da der Eindruck bestand, daß “innerhalb der japanischen Wirtschaft das Interesse an der Herstellung von ökonomischen Beziehungen mit der DDR gewachsen ist”.²⁷

23 SAPMO BArch D 3023/890, S. 149, Erster Bericht über den Studienaufenthalt in Japan vom 9.10.–27.10.1964 von Dr. Martin Richter Werk für Fernsehetelektronik Berlin.

24 SAPMO BArch NY 4182/1319 (Nachlaß Walter Ulbrich), S. 39–41, Gespräch mit Herrn Yamada, ehemaliger Botschafter Japans in der UdSSR.

25 SAPMO BArch NY 4182/1319 (Nachlaß Walter Ulbrich), S. 44 ff., Gespräche mit dem Minister für Internationalen Handel und Industrie, Herrn Sakurauchi, am 20.10.1964.

26 SAPMO BArch NY 4182/1319 (Nachlaß Walter Ulbrich), S. 23, Bericht über die Reise Genossen Makrowitsch und Bentzien nach Japan.

27 SAPMO BArch DC/20/I/4 1654, S. 200–203, 2. November 1967.

Man schlug vor beschloß, vorerst mit der politischen Annäherung abzuwarten, die Priorität auf die wirtschaftlichen Interessen zu legen und sich dem “Monopolkapital” anzunähern.

Um die Intensivierung der Handelsbeziehungen zu beschleunigen, prüfte der Ministerrat, Mitarbeiter des Außenhandels als Privatpersonen nach Tokio zu entsenden.²⁸ Die Mitarbeiter waren “vorerst ohne Status”, aber sie sollten de facto eine Handelsvertretung der DDR in Japan aufbauen. Zu diesem Zweck sollten Kraftfahrer, Reinigungskräfte und Bürohilfskräfte aus der heimischen Bevölkerung ausgewählt werden. Durch die Eröffnung der Vertretung hoffte man, die Exporte bis zum Jahr 1980 im Vergleich zu den 1970er Jahren um das 4,3fache und die Importe um das 3,6fache zu steigern.²⁹ Im Juli 1971 wurde dann die offizielle Handelsvertretung der DDR in Tokio eröffnet.³⁰

In den 1950er Jahren hatte man versucht, japanische Unternehmen für die Teilnahme an der Leipziger Messe zu gewinnen. Im Oktober 1955 luden die Botschaftsmitarbeiter der DDR in Peking eine japanische Wirtschaftsdelegation, die für geschäftliche Gespräche in China war, in die Botschaft ein, und man zeigte ihnen einen Kurzfilm über die Leipziger Messe.³¹ Damals ging es mit der Einladung nach Leipzig nur schleppend voran, aber jetzt legte die DDR großen Optimismus an den Tag. Dafür gab es zwei Gründe: Zum einen wuchs in Japan tatsächlich das Interesse, mit Ländern des Ostblocks Handel zu treiben. Im Jahre 1967 fand in Warschau erstmals eine Tagung mit dem Fokus Wirtschaft zwischen Japan und Polen statt.³² 1969 sandte die japanische Regierung zwei Wirtschaftsdelegationen nach Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und in die Tschechoslowakei.³³ Masao Anzai, Firmenchef des japanischen Chemieunternehmens Showa-Denko, der später den Vorsitz des “Wirtschaftsausschusses DDR – Japan” innehaben sollte, besuchte 1968 Ostdeutschland auf Einladung der Kammer für Außenhandel und chemische Industrie.³⁴ Anzai wollte prüfen, ob eine Ausweitung der Handelsbeziehungen der DDR möglich sei. Man war in Japan zusehends der Auffassung, daß man die Wirtschaftsmärkte in den Ostblockländern nicht ignorieren dürfe.

Zum anderen war die damalige Einschätzung der SED, daß Japan und die USA in ihren Interessen aneinandergeraten würden. 1969 war die sowjetische KPdSU aufgrund zunehmender Spannungen in den japanisch-amerikanischen Handelsbeziehungen in ihren Analysen zu dem Schluß gekommen, daß Japan notwendigerweise seinen “Handel mit möglichst vielen Ländern ausweiten und von der einseitigen Orientierung des Außenhandels auf die USA abgehen” müsse. Diese Analyse wurde im März 1969 von der KPdSU an die SED übermittelt.³⁵ Hintergrund dieser Beurteilung waren wahrscheinlich Handelskonflikte der Textilindustrie. Während des Wahlkampfes in den USA hatte Richard Nixon (1913–1994) versprochen, die amerikanische Textilindustrie vor der internationalen Konkurrenz zu schützen. Dies war der Anfang langer Handelskonflikte

28 Beil, Gerhard: Außenhandel und Politik. Ein Minister erinnert sich. Berlin 2010, S.152.

29 SAPMO BArch DC/20/I/4 1654, S. 207 f.

30 SAPMO BArch DL2/6259, Information über die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR mit Japan.

31 SAPMO BArch DL-2/1776, S.94, Bericht über den Empfang der japanischen Ausstellungsdelegation durch Botschafter Genossen Gyptner am 20.10.1956 in den Räumen der Botschaft der DDR.

32 Gaimu-sho (Japanisches Außenministerium): Gaiko-Seisho 12/Showa 43 (Jahrbuch für Außenpolitik Nr.12/1968), <http://www.mofa.go.jp/mofaj/gaiko/bluebook/1968/s43-4-4.htm#3-9>; Zugriff: 26.9.2016.

33 Gaimu-sho (Japanisches Außenministerium): Gaiko-Seisho 13/Showa 44 (Jahrbuch für Außenpolitik Nr.12/1969), <http://www.mofa.go.jp/mofaj/gaiko/bluebook/1969/s43-13-2-1-6.htm#d2-1>; Zugriff: 26.September.2016.

34 Japanische Großindustrielle in DDR-Großbetrieben. In: “Neues Deutschland” vom 25. April 1968, S. 2.

35 SAPMO BArch DY 30/ 3639 Bd. 52: Japan 1960, 1968–1969, S. 20–22. Informationsaustausch der SED mit der KPdSU über die Politik gegenüber anderer Parteien und Regierungen.

zwischen den Vereinigten Staaten und Japan bis in die 1990er Jahre. Entsprechend waren japanische Unternehmen auf der Suche nach neuen Märkten. Daher ging die SED, auf Basis der Informationen der KPdSU, davon aus, daß eine Ausweitung des Handels mit der DDR auch unbedingt im Interesse der japanischen Regierung sein müsse.

Während seines Japanbesuchs im Januar 1971 konnte sich Gerhard Beil (1926–2010), Staatssekretär im Ministerium für Außenwirtschaft, teilweise in seiner Taktik bestätigt fühlen. Yoshihisa Oojimi, Staatssekretär im Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (MITI), zeigte sich zurückhaltend gegenüber der Aufnahme offizieller Wirtschaftsbeziehungen auf Regierungsebene und antwortete, daß aufgrund der nicht vorhandenen diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und Japan der „Abschluß eines offiziellen Handelsabkommens auf Regierungsebene“ gegenwärtig noch nicht möglich sei.³⁶ Für die DDR war es jedoch schon ein Erfolg, daß Oojimi einem Treffen mit der DDR-Delegation zugestimmt und sich nicht gegen eine Vertiefung der bilateralen Beziehung ausgesprochen hatte. Außerdem hatten japanische Unternehmer erneut ihr Interesse an Geschäften mit der DDR bekundet. So konnte der „Wirtschaftsausschuß DDR – Japan“ ins Leben gerufen werden, in dem die Managementteams der Unternehmen ihre Verhandlungen fortsetzen wollten. Der Ausschuß traf im März 1971 zum ersten Mal auf der Leipziger Messe zusammen.³⁷

Staatsanerkennung durch Japan und Hoffnung auf Handelszuwachs

Zunehmende Handelskonflikte mit den USA und Westeuropa hatten auch eine Annäherung Japans an die DDR zur Folge. Es kam zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen und schließlich sogar zu einem Japanbesuch Honeckers. Anfängliche wirtschaftliche Hoffnungen mußten jedoch rasch der nüchternen Realität weichen.

2.1 . Die Entwicklung hin zu einer „wirtschaftlichen Japanpolitik“ 1972

Im Jahr 1971 kam nicht nur in die Wirtschaftsbeziehungen neuer Wind, sondern auch in die ruhenden außenpolitischen Beziehungen zwischen Japan und Ostdeutschland. Das größte Hindernis, die Ost-West-Blockpolitik, begann sich langsam aufzuweichen, und es setzte allmählich eine politische Entspannung ein. Der „Moskauer Vertrag“ von 1970 spielte hierbei eine große Rolle und die Hallstein-Doktrin verlor an Bedeutung. Auch die Situation im Fernen Osten änderte sich. Im Juni 1971 unterzeichneten die USA den Vertrag zur Rückgabe der besetzten Ryukyu-Inselkette an Japan. Im Juli desselben Jahres kündigte Nixon an, daß er China besuchen wolle. Nach und nach kam Bewegung in das starre Nachkriegsszenario in Europa und Asien.

Diese Veränderung hatte zur Folge, daß sich auch die Haltung der konservativen LDP-Politiker gegenüber den kommunistischen Ländern zu ändern begann. Japan unterhielt zwar diplomatische Beziehungen zu Taiwan, hatte aber China noch nicht diplomatisch anerkannt. Nach der Ankündigung des Nixon-Besuchs kam auch innerhalb des sogenannten liberalen, pazifistischen „Tauben-Flügels“ der LDP die Meinung auf, man solle mit China wieder diplomatische Beziehungen anstreben. In diesem Umfeld begann man sich auch für einen Aufbau diplomatischer Beziehungen mit der DDR und Vietnam zu interessieren. Langsam wuchs das politische Selbstbewußtsein Japans, und man begann, sich aus dem Schatten der USA zu lösen und hin zu mehr Selbstbestimmung zu entwickeln. Der Weg für eigenständige diplomatische Beziehungen wurde langsam wieder frei. So schrieb Takeo Miki (1907–1988), einer der einflußreichsten Politiker der LDP,

36 SAPMO BArch DY 30/IV A 2/6.10/303, Gesprächsvermerk über ein Gespräch mit Herrn Oojimi, Vizeminister des MITI am 18.01.1971, 16–17 Uhr.

37 SAPMO BArch DY 30/IV A 2/6.10/303, Bestätigungsschreiben, „Die erste Zusammenkunft soll am 16. März 1971 in Leipzig stattfinden (Leipziger Messe).“

in der Zeitschrift des Japan National Press Club: “Wir sollten nicht mehr nur den USA folgen. Unsere Außenpolitik muß sich langsam aus der Flugbahn Amerikas befreien”.³⁸

Mit der Entspannungspolitik eröffneten sich für Japan im Ostblock auch neue Geschäftschancen. Beil gelang es auf der Leipziger Messe Kontakt zu japanischen Geschäftsleuten herzustellen. In einem Schreiben der SED gab er im Oktober 1971 bekannt, daß er ein “starkes Interesse und eine große Bereitschaft” in Richtung Normalisierung der diplomatischen Beziehungen erkennen konnte.³⁹ Wenn es gelänge, diplomatische Beziehung herzustellen, sollten auch die Wirtschaftsbeziehungen Aufwind bekommen.

Im Februar 1972 wagte die DDR einen erneuten Vorstoß. Die SED entschloß sich zu einem weiteren Versuch, eine Delegation nach Japan zu schicken, um die außenpolitischen Beziehungen zu normalisieren. Hermann Axen (1916–1992), Mitglied des Politbüros des ZK, brachte den Vorschlag auf den Tisch und beauftragte Werner Lamberz (1929–1978), Mitglied des Sekretariats des ZK, mit der Zusammenstellung einer Delegation.⁴⁰ Lamberz übertrug die Leitung der Delegation an Hans Modrow (*1928), den Leiter der Agitationsabteilung des ZK.

Nach kurzem Zwischenstop und Informationsaustausch in Moskau gelangte die Modrow-Delegation im Mai 1972 nach Tokio. Dort wurde Modrow zunächst vom sowjetischen Botschafter Oleg Trojanowsky (1919–2003) in dessen Residenz empfangen. Von ihm sollte Modrow wichtige Informationen erhalten. In den 1960er Jahren hatten sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan zwar zunehmend abgekühlt, die KPdSU unterhielt jedoch weiterhin diplomatische Beziehungen. Es bestanden persönliche Kontakte zur LDP, und man verfügte über wesentlich bessere Kenntnisse über Japan als die DDR. Die Sowjetunion unterstützte die Initiative der DDR, da sie sich von deren möglicher diplomatischer Anerkennung durch Japan politischen Aufwind für den Ostblock erhoffte. Trojanowsky empfahl Modrow, sich bei seinen Verhandlungen möglichst auf die LDP zu konzentrieren. Der SPJ, die in den 1960er Jahren der SED als Kooperationspartner galt, sei es seit Kriegsende nur in den Jahren 1947/48 gelungen, sich an der Regierung zu beteiligen. Seither habe ununterbrochen die LDP und ihre Vorgängerpartei in Japan regiert, weshalb die diplomatischen Beziehungen Japans auch ausschließlich von der LDP bestimmt würden. “In Japan ist es mit der Parteienpolitik wie bei uns, es regiert eine Partei und die bestimmt alles. Ihr müßt mit dieser Partei sprechen. Das ist die führende Partei”, so Trojanowsky zu Modrow.⁴¹

Tatsächlich gelang so der Durchbruch. In einem Gespräch mit dem ehemaligen Außenminister und LDP-Abgeordneten des Unterhauses Zenjiro Kosaka (1912–2000), kamen SED und LDP überein, offizielle Gespräche zur gegenseitigen staatlichen Anerkennung in die Wege zu leiten. Die darauffolgende Aufnahme von Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem USA-nahen Japan war einer der wichtigsten Erfolge der Japanpolitik der DDR.

Nach Modrows Heimkehr machte man sich an die Ausarbeitung der “wirtschaftlichen Japanpolitik”. Im August 1972, sechs Monate nach Modrows Reise, entwickelten Paul Markowski (1929–1978), Mitglied der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro,

38 Nihon Kisha Kurabu (Japan National Press Club): Jiminto daigishi Miki Takeo – Dodo seijidan kai-ken (LDP-Abgeordnete Takeo Miki – Pressekonferenz der politischen Delegation der DDR). In: Kisha Kurabu Kaiho 28/1972, S. 11–15.

39 SAPMO BArch DY 30 IV A 2/6.10/303, Information vom 18.10.1971, “Einschätzung der Ergebnisse und Wertung in bezug auf die gegenwärtige Situation in den Handelsbeziehungen DDR-Japan“.

40 Archiv des Verfassers: Hans Modrow.

41 Archiv des Verfassers: Hans Modrow.

gemeinsam mit Gerhard Beil und Hans Geyer, Leiter der Außereuropäischen Abteilung (USA/Kanada) im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Leitlinien, die zum ersten Mal umfangreiche Inhalte von Außenpolitik bis hin zu Kulturpolitik und mittelfristige Zielsetzungen enthielten.⁴² Zu diesem Zeitpunkt standen jedoch die wirtschaftlichen Interessen noch immer hinter jenen der Außenpolitik.⁴³ Die diplomatische Anerkennung durch Japan hatte Priorität. Aus diesem Grund sah die DDR in dem japanischen Unternehmensverband Keidanren nicht nur einen Handelspartner, sondern überlegte auch, wie man ihn politisch nutzen könnte, "um mit [seiner] Hilfe stärkeren Einfluß auf Regierungskreise zu ermöglichen. Dabei sind die Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft zu nutzen", hieß es im Ministerratsbeschuß vom September 1972.⁴⁴

2.2. Japan als "Exportziel"

Hinter dem Streben der SED, in den 1970er Jahren Kontakte zu LDP-Politikern aufzubauen, stand als Ziel die außenpolitische Anerkennung durch die zweitgrößte Wirtschaftsmacht nach den USA. Die Handelsbeziehungen standen zwar nicht im Fokus, blieben aber auch nicht unbeachtet, und auch in Japan wuchs die Bedeutung der Wirtschaftspolitik von Jahr zu Jahr.

Was die Handelsbeziehungen anbelangt, war die DDR von Anfang an sehr daran interessiert, neben Importen vor allem auch die eigenen Exporte nach Japan auszuweiten. Das Ziel, "Valutamittel einzusparen", stand im Vordergrund.⁴⁵ Hier hatte die DDR große Hoffnungen, was die eigenen Exporte nach Japan betraf: "Die wichtigste Aufgabe besteht dabei in der Erhöhung des Exports und der Vergrößerung der Marktanteile der DDR auf folgenden Gebieten: Werkzeugmaschinen, Textilmaschinen, Wissenschaftlicher Gerätebau, Polygraphische Maschinen".⁴⁶ Helmut Wunderlich (1919–1994), Kandidat des Zentralkomitees der SED, reiste zu diesem Zweck wiederholt 1972 und 1973 nach Japan.⁴⁷

Als eine der wichtigsten Säulen des Exports setzte man auf den Verkauf von Lizenzen aus unterschiedlichsten Industriebereichen an japanische Unternehmen. Man sah sich als führendes Industrieland und erwartete, daß die Lizenzen der DDR auch in Japan nachgefragt werden würden. In der "Konzeption für die Gestaltung der Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zu Japan", die im März 1975 auf der Sitzung des Politbüros des ZK bestätigt wurde, sprach sich die SED erneut für diese Strategie aus. Zu den "Außenwirtschaftlichen Aufgaben" schrieb die SED-Führung: "Die Exporte der DDR sind im Rahmen der politisch-territorialen Grundstruktur der Außenwirtschaftsbeziehungen [...]konzentriert".⁴⁸

Die japanischen Unternehmen prüften zwar die angebotenen Lizenzen und Produkte aus der DDR, es wurden jedoch nur wenige Kaufverträge abgeschlossen. Das lag daran, daß die Produkte veraltet und überteuert waren. Bei seiner Japanreise im November 1977 mußte sich Günter Mittag, der eine Führungsrolle in der Wirtschaftspolitik der DDR innehatte, diese Realität eingestehen. Trotzdem war in dem Bericht mit seinen Schlußfolgerungen aus dem Japanbesuch immer noch zu lesen: "Es sind Möglichkeiten für den Verkauf von Lizenzen der DDR an japanische Firmen zu prüfen", oder: "Zugleich sind

42 SAPMO BArch DY30/J IV 2/3/1908 vom 23. August 1972, S. 3, Konzeption für die Entwicklung der Beziehungen der DDR zu Japan.

43 Archiv des Verfassers: Hans Modrow.

44 SAPMO BArch DC/20-I/3 980, Sitzung des Ministerrates vom 27. September 1972, S. 205.

45 Archiv des Verfassers: Hans Modrow.

46 SAPMO BArch DC/20-I/3 980, Sitzung des Ministerrates vom 27. September 1972, S. 205.

47 SAPMO BArch DY 30/J IV 2/3/1925 vom 5. Oktober 1972, und DY 30/J IV 2/3/1959 vom 16. Januar 1973.

48 SAPMO BArch DY 30/J IV 2/2/1553 vom 25. März 1975, S. 62.

weitere Möglichkeiten für den Export von Chemieanlagen zu prüfen". Gleichzeitig wurden die Vorschläge für den Export interessanter Güter stark reduziert und beschränkten sich auf Dinge wie die "Herstellung von Futtermittelweiß" oder "Braunkohleverarbeitung". Vereinbarungen seien außerdem nur noch "gegebenenfalls" vorzubereiten.⁴⁹ Die letzten Ambitionen "Japan als Exportziel auszubauen" sollten sich Anfang der 1980er Jahre zerschlagen.

Im Mai 1981 besuchte der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, als erstes kapitalistisches Land Japan. Der pazifistische Flügel der regierenden LDP war an Honeckers Besuch interessiert, da man sich wegen des "Vertrags der gegenseitigen Kooperation" mit den USA innenpolitisch als nicht amerikahörig, sondern als offen gegenüber anderen Gesprächspartnern darstellen wollte. Honecker wußte diese Gelegenheit zu nutzen. Für ihn war der Japanbesuch von großer Bedeutung. *Der Spiegel* berichtete: "Der Besuch allein schon war des DDR-Obersten großer außenpolitischer Triumph".⁵⁰ *Die Zeit* schrieb: "Honeckers Japanreise [...] gibt andererseits der DDR-Regierung die Chance zur politischen Aufwertung, handelt es sich doch um den ersten Staatsbesuch Honeckers in einem Staat der westlichen Allianzsysteme".⁵¹ In einer Sitzung mit den Wirtschaftskadern im Ministerium für Außenhandel nach dem Honecker-Besuch im August 1981 äußerte Beil: "Der politische Erfolg der Reise des Vorsitzenden des Staatsrates [...] muß sich in einer notwendigen und möglichen überdurchschnittlichen Exportsteigerung widerspiegeln".⁵² Aber die japanische Wirtschaft warnte schon im voraus: "Das technische Niveau [...] schien unter dem Gesichtspunkt japanischer Ansprüche als nicht genügend interessant. [...] Es müssen mehr neue Verfahren bzw. Technologien vorgestellt werden, die einen Anreiz für eine Lizenznahme bieten".⁵³

2.3. Das wachsende Handelsdefizit

Während die Exporte nach Japan kaum zunahmen, stiegen die Importe um so stärker an. Die SED-Führung bemühte sich besonders um Kontakt zu japanischen Unternehmern. Der Präsident des bedeutenden Stahlerzeugers Nippon Steel Corporation, Yoshihiro Inayama (1904–1987), der zeitgleich Präsident des "Wirtschaftsausschusses DDR – Japan" war, besuchte im Jahre 1975 Ost-Berlin.⁵⁴ Er stammte aus einer großbürgerlichen Familie, und sein Motto als Unternehmer war Kooperation.⁵⁵ Inayama gehörte zur Gruppe jener Unternehmer, die in der Vorkriegszeit geboren waren und die dazu beitragen wollten, die Friedenspolitik auf der Unternehmensebene mit durchzusetzen. Schon in den 1950er Jahren hatte er sich bemüht, Japans Beziehungen zum kommunistischen China zu normalisieren. Während seines Aufenthaltes in der DDR, nahmen sich Erich Honecker, Horst Sindermann und Günter Mittag Zeit, ihn zu treffen. Sie versprachen, die Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen. Inayama reiste im Jahr 1977 noch ein weiteres Mal in die DDR und traf sich erneut mit Honecker.⁵⁶

49 SAPMO BArch DY 30/J IV 2/3/2703 vom 25. Januar 1978, S. 62.

50 Japan/DDR, Kaiser und Kommunist. In: "Der Spiegel" vom 1. Juni 1981, S. 126.

51 Becker, Helmut: Honecker auf Einkaufstour: Der Ost-Berliner Regierungschef erhofft von Tokio Wirtschaftshilfe und politische Aufwertung. In: "Die Zeit" vom 22. Mai 1981.

52 SAPMO BArch DF 4/ 22408, Aktennotiz: Beratung Wirtschaftsausschuß am 26. August 1981.

53 SAPMO BArch DF 4/ 22408, HPA Japan, Gesprächsvermerk vom 2. Juli 1981.

54 Inayama nihon-higashi doitsu keizai-iinkai kaichora, todoku no ho-nekka- daiichi shoki to kaidan (Präsident des Japan – DDR Wirtschaftsausschusses Inayama traf Staatsratsvorsitzenden Honecker). In: "Nihon Keizai Shimbun" vom 10. September 1975, S. 3.

55 Inayama zen keidanren kaicho ga shikyo (Ehemaliger Präsident des Keidanren Ishiyama ist tot). In: "Nihon Keizai Shimbun" vom 9. Oktober 1987, S. 1.

56 Treffen Erich Honeckers mit japanischem Industriellen. In: "Neues Deutschland" vom 28. Mai 1977, S. 1.

Obwohl die DDR dem kapitalistischen System des Monokapitals äußerst kritisch gegenüberstand, verhielt man sich pragmatisch. Es gelang, sich taktisch klug auf gleicher Augenhöhe zu positionieren. Man wußte, daß “zu Beginn der 60er Jahre die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Japan rascher anstiegen als in den USA oder der BRD” und daß “die bemerkenswerten Leistungen japanischer Unternehmen in diversen Bereichen zu einem Großteil auf eigene industrielle Forschung zurückgingen”.⁵⁷ Interessiert war man vor allem an “Technologien für die Herstellung von Mikroprozessoren, die gegenwärtig noch nicht erhältlich sind”.⁵⁸

Zwar gewannen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die Wirtschaftsbeziehungen mit Japan immer mehr an Bedeutung, es gab aber auch einige Hürden bei der Ausweitung des gegenseitigen Handels. Zum einen war es schwierig Zahlungsmittel zu finden, da Ostdeutschland über keine ausländischen Währungsreserven verfügte. Zum anderen gab es die CoCom-Verbotsliste, die die Ausfuhr westlicher Technologie in den Ostblock verhindern sollte. Japan versuchte der DDR bei der Bewältigung der Hürden entgegenzukommen. Ab 1977 wurden die Zahlungsmittel teilweise durch die japanische Staatsbank, die Export-Import Bank of Japan, garantiert.⁵⁹ Die meisten japanischen Unternehmen versuchten sich vorerst bei Handelsverträgen auf Verbrauchsgüter, Schwerindustrieanlagen oder die Tourismusbranche zu konzentrieren, um nicht gegen das CoCom-Embargo zu verstoßen. So erhöhte sich das Handelsvolumen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre stark. Die japanische Kajima Corporation bekam beispielsweise 1977 einen Auftrag zur Planung eines Hochhaus-Hotels in Leipzig.⁶⁰ Im April 1979 unterschrieb man mit Toshiba einen Vertrag über die Einrichtung einer Produktionsstätte für Leuchtstoffröhren und Glühlampen.⁶¹ Insgesamt konnte die DDR zwischen 1970 und 1980 sechzehn Verträge mit japanischen Unternehmen abschließen. In Ostdeutschland war man mit diesem Ergebnis sehr zufrieden: “Die japanischen Firmen zeigen sich flexibel und konstruktiv”, beurteilte die Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel des ZK der SED die Zusammenarbeit.⁶²

Die immer heftiger werdenden Handelsstreitigkeiten mit den Vereinigten Staaten und Europa waren einer der Gründe, warum japanische Unternehmen ihre Verhandlungen mit der DDR fortsetzten. In den 1960er und 1970er Jahren herrschte in den USA und Europa die Meinung vor, daß nicht die Qualität ihrer Produkte, sondern Lohndumping japanischen Firmen zu ihren großen Marktgewinnen verhalf. Um sich zu schützen, arbeitete man an Einfuhrhemmnissen. Der US-Kongreß wollte zum Beispiel bis in die 1980er Jahre, daß man in öffentlichen Einrichtungen, Behörden und Büros keine in Japan hergestellten Computer, sondern ausschließlich amerikanische Produkte einsetzen

57 Modrow, Hans: Tokute chikai futatsu no kuni – higashi doitsu to nihon (Die DDR und Japan). Übersetzt von Mitsuyoshi Ikeda und Eiichi Kido. Tokyo: 1984, S. 157 f.

58 SAPMO BArch DY 30/J IV 2/3/2703, S. 62, Sekretariat des ZK der SED, Sitzung am 25. Januar 1978.

59 Yugin, 694 oku en no todoku muke bankuro-n o happyo (Export-Import Bank of Japan kündigt Kredit von 69,4 Milliarden Yen für die DDR an). In: “Nihon Keizai Shimbun” vom 17. November 1977, S. 1.

60 Kajima, Bussan, Shoji, rainichi no todoku keizai shisetsudan to raipuchihi no hoteru kensetsu ukeoi de oboegaki choin (Einigung zwischen Kajima, Bussan, Shoji und DDR-Wirtschaftsdelegation über Hotelbau in Leipzig). In: “Nihon Keizai Shimbun” vom 17. November 1977, S. 1.

61 Toshiba, Mitsubishi shoji tsuji todoku kosha kara keikoto to ippan hakunetsu-denkyu ikkan seizo setsubi 130 oku juchu (Toshiba unterzeichnet Vertrag mit DDR-Staatsunternehmen im Wert von 13 Milliarden Yen). In: “Nihon Keizai Shimbun” vom 27. April 1979, S. 8.

62 SAPMO BArch DY 30/17688, S.21, Analyse über die mit japanischen Firmen bisher vereinbarten Vertragsbedingungen[...].

sollte, selbst wenn diese leistungsschwächer waren. Japanische Kommentatoren vermuteten hier aber auch Rassendiskriminierung.⁶³

Die DDR wußte die technologische Stärke Japans zu schätzen und plädierte dafür, den Handel auszuweiten. Außerdem bemühte sich der SED-Kader, anders als Westdeutschland, um einen respektvollen Umgang mit japanischen Politikern und Wirtschaftsfachleuten. Für Modrow stellte sich die Situation so dar: “Die Westdeutschen glaubten, daß sie die Größeren seien und meinten, daß die Japaner zu ihnen kommen müßten. Und wir wußten, die Japaner sind die Größeren und nicht wir.”⁶⁴

Der DDR kam ebenfalls zugute, daß in Japan noch immer eine sehr deutschlandfreundliche Gesinnung innerhalb der Führungsschicht herrschte. Japan hatte sich im 19. Jahrhundert nach preußischem Vorbild modernisiert, und auch die militärische Allianz während des Zweiten Weltkriegs trug zu einer Verbundenheit bei, die noch immer in den Köpfen präsent war. Ein Beispiel hierfür ist der Oberhaus-Abgeordnete Naotsugu Nabeshima (1912–1981), der der konservativen LDP angehörte und Vorsitzender der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe DDR – Japan war. Bei der Familie Nabeshima handelt es sich um ein altes japanisches Fürstengeschlecht, das bis 1871 die Region Saga beherrschte. Naotsugus Vater Naotada Nabeshima (1889–1939), Bankier und Oberhaus-Abgeordneter des Oberhauses des japanischen Reichstags, hatte an der Forstlichen Hochschule Tharandt (Technischen Hochschule Dresden) studiert. Daher hatte sein Sohn eine besondere Beziehung zu Sachsen. Spezielles Interesse hatte Naotsugu Nabeshima an Meißen. Bevor dort im 18. Jahrhundert Meißner Porzellan produziert wurde, war man von dem im 17. Jahrhundert aus Japan exportierten Imari-Porzellan stark beeinflusst worden. Das Imari-Porzellan wiederum stammte aus der vom Hause Nabeshima beherrschten Saga-Region. Naotsugu Nabeshima hatte großes Interesse, das jetzige Meißen zu sehen. Er teilte Modrow 1972 mit, die DDR besuchen zu wollen. Modrow sagte ihm sofort zu.⁶⁵ Nabeshima besuchte schließlich im März 1973 die DDR, „Es ist der erste offizielle Besuch eines einflußreichen Mitgliedes der regierenden Liberaldemokratischen Partei Japans“.⁶⁶ Man hegte die Hoffnung, daß wenn ein derart angesehener Politiker gute Beziehungen mit der DDR unterhielt, könnte dies japanische Unternehmer darin bestätigen, mit der DDR Geschäfte zu machen.

Die Ausweitung des Handelsvolumens hatte für Japan jedoch eine unerwünschte Nebenwirkung: Das Handelsdefizit weitete sich stark aus. So stellte die japanische Regierung bereits in den 1970er Jahren fest, daß die Korrektur des Handelsdefizits mit Osteuropa einschließlich der DDR zu einem Problem geworden ist. Im Jahr 1979 exportierte Japan Waren und Dienstleistungen im Wert von 59,5 Milliarden Yen in die DDR. Umgekehrt betrug das Volumen des Imports aus der DDR jedoch nur sechs Milliarden Yen.⁶⁷ Die DDR importierte demnach zehnmal so viel aus Japan, wie sie exportierte.

63 Ichioka Yoichiro: Hoshu ni henshitsu, bei riberaru ha – hogoboekishugi ni hashiru (Liberale Amerikaner werden konservativ – auf dem Weg zu Handelshemmnissen). In: “Nihon Keizai Shimbun” vom 14. März 1983, S. 5.

64 Archiv des Verfassers: Hans Modrow.

65 Archiv des Verfassers: Hans Modrow.

66 SAPMO BArch DA1/11188, Zum Aufenthalt des japanischen Oberhausabgeordneten Nabeshima vom 8.-12.3.73 in der DDR.

67 Ministry of Finance – Zeikan (Zollbehörde): Boeki tokei Nihon-Todoku 1979–1989 (Handelsstatistik Japan – DDR 1979–1989).

Im Schatten der Handelspolitik – Ernüchterung und Industriespionage

Entgegen anfänglicher Hoffnung auf eine Steigerung des Handelsvolumens, mußte die DDR erkennen, daß dies nicht so leicht zu bewerkstelligen war. Die ostdeutschen Produkte waren einfach nicht konkurrenzfähig. Die CoCom-Bestimmungen und der Mangel an Fremdwährungsreserven stellte ein weiteres Problem dar. Und zu guter Letzt nahmen auch die politischen Spannungen zu. Nach dem Rücktritt von Zenko Suzuki (1911–2004) übernahm mit Yasuhiro Nakasone (*1918) in Japan ein Hardliner das Amt des Premierministers, der einen Schwenk hin zu einer anti-kommunistischen Politik vollzog. Probleme bei der Abwicklung von Gegengeschäften und damit verbundene Vertragsverletzungen durch die DDR hatten zur Folge, daß sich die japanischen Erwartungen in den ostdeutschen Markt zusehends zerschlugen. Schließlich versuchte es die SED noch mit Wirtschaftsspionage.

3.1. Steigende Ängste und geplatzte Hoffnungen auf japanischer Seite

Bei Honeckers Besuch im Mai 1981 wurde ein “Handels- und Seeschiffsvertragsvertrag zwischen der DDR und Japan” unterzeichnet. Um diesen Vertrag hatte sich die DDR bereits im Jahr 1973 bemüht. 1975 bekamen die Botschaftsmitarbeiter der DDR vom zuständigen Referatsleiter des MITI, Koji Omi (*1932), der später Finanzminister werden sollte, den Hinweis, daß die Zeit für das Handelsabkommen langsam reif geworden sei.⁶⁸ 1977 begann man mit offiziellen Verhandlungen, die vier Jahre später zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden konnten.⁶⁹ Doch trotz der Unterzeichnung des Vertrages nahm das Handelsvolumen nicht weiter zu, obwohl es in Japan auch Importnachfrage nach beispielsweise Metallverarbeitungstechnik aus der DDR gab.⁷⁰

Die Exporte der DDR nach Japan blieben seit 1981 auf einem stabilen Niveau von jährlich zehn Milliarden Yen. Die Importe aus Japan hingegen erreichten im Jahr 1983 einen Höchststand von 77 Milliarden Yen, sanken dann aber wieder rasch ab und beliefen sich 1985 bereits nur noch auf 32 Milliarden Yen.⁷¹ Der Grund für den drastischen Rückgang lag in dem Vertrauensverlust der japanischen Unternehmen. Die Economic Planning Agency of Japan schrieb bereits in ihrem Weltwirtschaftsbericht aus dem Jahr 1981 von “zunehmenden Schwierigkeiten der sowjetischen und osteuropäischen Wirtschaft”.⁷² Zu der an sich schwierigen Situation gesellte sich noch das Gerücht über eine Zahlungsunfähigkeit osteuropäischer Länder. Japan wußte über die Refinanzierungsprobleme in Polen Bescheid, was das Geschäftsklima zusätzlich belastete. Die Wirtschaftszeitung *Nihon Keizai Shimbun* schrieb 1982: “Die Handelsgespräche laufen immer schlechter”.⁷³ In diesem Jahr führten die japanischen Unternehmer auf der Leipziger Messe ihre

68 SAPMO BArch DF 4/ 8534, Vermerk über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im MITI, Herrn Omi am 15.10.75.

69 Yoshiya Kato, Europaabteilungsleiter des japanischen Außenministeriums, erklärt: “Die DDR hat uns im Jahr 1977 den Vertrag vorgeschlagen. Es gab auch im Jahr 1979 und 1981 Verhandlungen.” Stenographischer Bericht vom 24. März 1982, Shugiin (Unterhaus): Gaimu-inkai (Auswärtiger Ausschuß).

70 Sumisho to Sato Tekko, todoku kara kaitentanzoki no gijutsudonyu (Sumitomo Corporation und Sato Tekko führen Metallverarbeitungstechnik aus der DDR ein). In: “Nihon Keizai Shimbun” vom 21. Mai 1981, S. 8.

71 Ministry of Finance – Zeikan (Zollbehörde): Boeki tokei Nihon-Todoku 1979–1989 (Handelsstatistik Japan-DDR 1979–1989).

72 Keizaiikakucho (Amt für Wirtschaftsplanung): Sekai keizai hokoku Showa 56 (Weltwirtschaftsbericht 1981). <http://www5.cao.go.jp/keizai3/sekaikeizaiwp/wp-we81/wp-we81-00601.html>; Zugriff: 10. November 2016.

73 Toshiba/Mitsui bussan, Todoku-sangyokikai-unyu-kodan kara o-dio puranto juchu (Toshiba und Mitsui Corporation erhalten von DDR-Staatsunternehmen Auftrag für Tontechnik-Fabrik). In: “Nihon Keizai Shimbun” vom 10. Mai 1982, S. 10.

Gespräche nur noch mit wenig Enthusiasmus. Mit einem erneuten Anstieg der japanischen Exporte in die DDR war nicht mehr zu rechnen.

Auch verschiedene Geschäfte, die bereits in Verhandlung waren, konnten nicht mehr realisiert werden. So war die DDR daran interessiert ihren Trabant P 601 von Daihatsu mit einem AB Motor ausstatten zu lassen. Daihatsu bot im Mai 1981 an, daß ein Techniker den VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau Ende Juni besuchen könnte, um das Projekt zu unterstützen. Man war bereit, neueste Technologie anzubieten: “We are prepared to supply you with said engine [...]”.⁷⁴ Im August hielt die DDR fest, daß erste Tests erfolgreich verlaufen seien und man das Geschäft weiter über das Handelsunternehmen Itochu Corporation als Vertreter der Firma Daihatsu verhandeln solle.⁷⁵ Im Oktober schlug Itochu den ambitionierten Plan vor, ein auf dem Weltmarkt absatzfähiges Fahrzeug herzustellen. Dafür bot die japanische Seite “Technologien zur Produktion der gesamten Palette von Automobilgruppen, wie Motoren, Getriebe, Einspritzpumpen bis zu kompletten Montagelinien” an.⁷⁶ Zu einem Abschluß kam es jedoch nicht. Vermutlich konnte man sich hinsichtlich der Refinanzierung und Gegengeschäften nicht einigen. Später ging Trabant mit Volkswagen eine technische Zusammenarbeit ein.

Die Hoffnung Japans auf neue Märkte schwand allmählich. Die ostdeutsche Wirtschaft hatte sich für die japanischen Unternehmer als unattraktiv entpuppt, und die DDR mußte einsehen, daß die Handelsbeziehungen mit Japan nicht weiter ausgebaut werden konnten.

“Inoffizielle Verträge”

Nachdem offensichtlich wurde, daß es zu keiner weiteren Ausweitung der Handelsbeziehungen kommen würde, versuchte die DDR mit “geringem Kapitaleinsatz” an moderne japanische Spitzentechnologie zu kommen. Man versuchte es mit Industriespionage und “inoffiziellen Verträgen”. In Ostdeutschland mangelte es besonders an Mikroelektronik und Halbleitern. Diese fielen jedoch unter die CoCom-Bestimmungen, an die sich auch Japan gebunden sah. Japanische Unternehmen waren neben österreichischen hier besonders im Visier der DDR.⁷⁷ Japan war hinsichtlich ostdeutscher Industriespionage wenig wachsam. Man sah sich durch die DDR nicht militärisch bedroht, und es war einfacher, sich ostdeutschen Unternehmen anzunähern als westdeutschen.⁷⁸ “Führende Industrielle waren an einer störungsfreien wirtschaftlichen Entwicklung mit der DDR stärker interessiert als an westdeutschen Querelen”, schrieb Gerhard Beil im Jahr 2010 in seinen Memoiren.

Bereits in den 1970er Jahren hatte die DDR begonnen, Informationen zu sammeln. Man analysierte die japanische Wirtschafts- und Unternehmensstruktur ausführlich und stellte fest, daß viele japanische Großunternehmen zu Unternehmensgruppen, sogenannten “Keiretsu”, zusammengeschlossen waren. Daher strebte man eine wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit mit diesen Großkonzernen an. Zwar taucht das Wort “Keiretsu” nur sehr selten in den Dokumenten der SED oder der DDR-Organen auf, jedoch finden sich Belege über bewußte Annäherungsversuche an Unternehmensgruppen wie Mitsui oder Mitsubishi. So analysierte die DDR beispielsweise in dem Bericht “Langfristige Konzernkonzeption für den Fünfjahresplanzeitraum 1976–1980” über das

74 SAPMO BArch DL 2/13325, Re: Daihatsu engines for your cars.

75 SAPMO BArch DL 2/13325, Gesprächsvermerk – C. Itoh, Autoprojekt – Trabant – Daihatsu.

76 SAPMO BArch DL 2/13325, Vermerk. Über ein Gespräch mit Vertretern des japanischen Handelshauses C. Itoh [...].

77 Archiv des Verfassers: Hans Modrow.

78 Beil, Gerhard: Außenhandel und Politik. Ein Minister erinnert sich. Berlin 2010, S. 168.

Handelsunternehmen Mitsui und Co. Ltd. aus dem Keiretsu Mitsui, nicht nur das Handelsunternehmen sondern die gesamte Mitsui Gruppe.⁷⁹ Dazu gehörten unter anderem der Elektrohersteller Toshiba oder das Chemieunternehmen Mitsui Toatsu.

Die Firma Toshiba der Mitsui Gruppe stand hier besonders im Fokus. Seit dem 19. Jahrhundert hatte Toshiba einen großen Beitrag zur Industrialisierung Japans geleistet und war zu dieser Zeit dabei, das Auslandsgeschäft aufzubauen. Das Motto lautete “Gewinn ist der Ursprung der Unternehmensdynamik. Technik ist der Motor der Unternehmensentwicklung”. Toshiba arbeitete daher an der technologischen Entwicklung, Automatisierung von Fabriken und Verkürzung von Lieferterminen. Schon im Jahr 1975 schrieb Otfried Steger (1926–2002), Mitglied des Zentralkomitees der SED, nach seiner Japanreise, “nach Einschätzung der Delegation wurde in dieser Hinsicht im Bereich der Toshiba-Gruppe das höchste technische Niveau erreicht. Im Ergebnis der Verhandlung wurde von dieser Firmengruppe eine technische Dokumentation für ein modernes Farb- bildröhrenwerk übergeben”.⁸⁰ Zwei Jahre danach, im November 1977, verhandelte Heinz Wedler (1927–2012), Generaldirektor vom VEB Uhren- und Maschinenkombinat Ruhla (UMK), wieder mit Toshiba. Das Ziel war der Erwerb von Know-how über Spitzentechnologie. Wedler schreibt: “Eine Taktik zur Erreichung der Lizenz eines Ein-Chip-Mikroprozessors (Controller) ist zu entwickeln”.⁸¹

Alexander Schalck-Golodkowski (1932–2015), der für den inoffiziellen Handel der DDR zuständig war, setzte 1979 eine DDR-Delegation gezielt auf den Mikroelektronikbereich an.⁸² Während ihrer Reise versuchte die Delegation die Verarbeitungstechnik von einigen mikroelektronischen Materialien, wie Halbleiter, zu erwerben. Man suchte nach Wegen, die CoCom-Bestimmungen zu umgehen. “Die know-how-Verträge mit Toshiba gelten als inoffizielle Verträge und werden der Regierung nicht zur Genehmigung eingereicht”. Man erwog auch die Möglichkeit, Scheingeschäfte abzuschließen. Toshiba und die DDR planten, daß man einen “nominellen (Schein)- Vertrag über know how der LED- Montage unterzeichnet, der der japanischen Regierung zu Bestätigung vorgelegt wird”. Es sollten also keine offiziellen bzw. präzisen Verträge, die der japanischen Regierung hätten vorlegt werden können, abgeschlossen werden. “Unabhängig davon, ob dieser Vertrag genehmigt wird oder nicht, wird Toshiba die 3 inoffiziellen Verträge erfüllen”, schrieb die DDR-Delegation.⁸³

Unterdessen verhandelte die DDR 1978 auch mit dem Elektronikkonzern Sharp über inoffizielle Geschäfte.⁸⁴ Im Gegenzug war die DDR bereit, Informationen zur Produktionstechnik hochwertiger Carl-Zeiss-Linsen zu liefern.⁸⁵ Möglicherweise wollte die DDR die beiden Konkurrenten Sharp und Toshiba gegeneinander ausspielen.

Die “verdeckten Beziehungen” mit Toshiba setzten sich auch in den 1980er Jahren fort. Am 4. Juli 1986 vereinbarte die DDR mit Toshiba, Mitsui & Co., ein “Gentleman’s Agreement”. Das Ziel war es, nach einem dreistufigen Maßnahmenplan 256-kBit-

79 SAPMO BArch DL 2/11839, Langfristige Konzernkonzeption für den Fünfjahresplanzeitraum 1976–1980. Mitsui u.Co.Ltd (Mitsui-Gruppe).

80 SAPMO BArch DF 4/8534, Information über die Dienstreise nach Japan in der Zeit vom 28.11–8.12.1975.

81 SAPMO BArch DY 3023/1491, S.23, Teilreisebericht der Reise der Staatsdelegation der DDR unter der Leitung des Genossen Dr. Günter Mittag nach Japan vom 11.11. bis 17.11.1977.

82 SAPMO BArch DY 3023/1490, S. 96, Kurzinformation über die Ergebnisse der Reise der Delegation Mikroelektronik nach Japan.

83 Ebd., S. 98.

84 Vgl. SAPMO BArch DY 3023/1490, S. 68, Reisebericht der Dienstreise nach Japan vom 13.4.–19.4.1978.

85 Tōdoku ga sentan gijutsu dōnyū. Sharp ni hikōshiki ni dashin [DDR will Hochtechnologie einführen – Inoffizielle Versuche mit Sharp]. In: “Nihon Keizai Shimbun” vom 07.12.1981, S. 1.

DRAM-Halbleiter mit technischer Unterstützung von Toshiba in der DDR zu produzieren.⁸⁶ Toshiba lieferte für die Halbleiterproduktion von 1986 bis 1987 Silicium-Wafer und Fotomaschinen.⁸⁷ Die illegalen Geschäfte Toshibas beschränkten sich aber nicht nur auf die DDR. 1987 wurde aufgedeckt, daß ein Tochterunternehmen von Toshiba ein Werkzeugmaschinen-System trotz Embargos in die UdSSR exportiert hatte. Die sozialistischen Länder lockten japanische Unternehmen mit attraktiven Kaufpreisen oder boten im Gegenzug andere Verträge an, mit denen große Gewinne gemacht werden konnten. Neben Toshiba exportierte das Maschinenbauunternehmen Prometron Technics das chemische Element Hafnium, das für die Steuerung von Kernreaktoren verwendet wird, nach Ostdeutschland.⁸⁸ Als die Geschäfte später publik wurden, kam es bei beiden Unternehmen zu Imageschäden.

Die meisten japanischen Unternehmen lehnten eine illegale Zusammenarbeit jedoch ab. Der Elektrokonzern SONY zeigte sich schon bei der ersten Begegnung mit der DDR im Jahr 1964 vorsichtig.⁸⁹ Im Jahr 1975 reiste eine DDR-Delegation nach Japan und bat Fujitsu, ostdeutsche Fachleute zu trainieren. Fujitsu erhielt zu diesem Zeitpunkt staatliche Subventionen und arbeitete mit ganzem Einsatz an der Entwicklung neuer Computer, da man sich in einem harten Konkurrenzkampf mit amerikanischen Herstellern befand. Zwar gab Fujitsu seine Kataloge über modernste Computersysteme heraus, lehnte eine wissenschaftliche Zusammenarbeit aber ab.⁹⁰ Die japanischen Großunternehmen wollten bestehendes Recht nicht verletzen und befürchteten, daß ihre Geschäftsbeziehungen mit den USA leiden würden, wenn bekannt würde, daß man auch mit kommunistischen Ländern Geschäfte tätigt.

Nach dem Mauerfall reiste Gerhard Beil im November 1989 noch einmal nach Japan und bat japanische Unternehmen offiziell um Hochtechnologie.⁹¹ Die Verhandlungen kamen für die Rettung der ostdeutschen Wirtschaft jedoch zu spät.

Schlußfolgerung

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und der DDR lassen sich grob in drei Phasen einteilen. Die erste Phase erstreckt sich vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Staatsanerkennung durch Japan im Jahre 1973. Sie beginnt mit dem Export ostdeutscher Kalisalze während des Koreakrieges. Aufgrund wirtschaftlicher Interessen nähert man sich trotz der Ost-West-Spannungen gegenseitig an. Mit dem Aufstieg der japanischen Wirtschaft steigt das Interesse der DDR an Japan und man entsendet eine erste große Wirtschaftsdelegation im Rahmen der Olympischen Spiele 1964 nach Tokio. Dies ist eine Zeit der Annäherung des SED-Staats und japanischer Privatunternehmen. Auf beiden Seiten gibt es Hoffnungen und Erwartungen, nennenswerte Ergebnisse bleiben jedoch aus. Dynamik entsteht erst mit der Staatsanerkennung durch Japan. Es beginnt eine zweite Phase, in der man mehrfach ostdeutsche Wirtschaftsdelegationen entsendet, an denen sich auch Günter Mittag und Gerhard Beil beteiligen. Die Delegationen werden mit großen Erwartungen von japanischen Unternehmen empfangen, da man auf der Suche nach neuen Absatzmärkten ist. Auf japanischer Seite liegt der Grund vor allem

86 SAPMO BArch DY 3023/1491, S. 349, Inhalt des Gentleman's Agreement.

87 Toshiba ni gyosei seisai (Verwaltungsstrafe für Toshiba). In: "Nikkei Sangyo Shimbun" vom 18. Dezember 1993, S. 1.

88 Tokyo no kiki meka, tai todoku CoCom ihan (Maschinenbaufirma in Tokio verletzte CoCom-Embargo). In: "Nihon Keizai Shimbun" vom 24. Mai 1989, S. 1.

89 SAPMO BArch DY 3023/890, S.196, Verhandlung mit der Sony Ltd.

90 SAPMO BArch DF 4/8534. Vermerk über ein Gespräch mit dem Direktor der Übersee-Abteilung des Konzerns Fujitsu Ltd., A.Funahashi.

91 Todoku, CoCom kamwa motomeru (DDR verlangt Lockerung des CoCom-Embargos). In: "Nihon Keizai Shimbun" vom 16. November 1989, S. 3.

in den Wirtschafts- und Handelskonflikten mit den USA. Die wirtschaftlichen Beziehungen zur DDR sind jedoch sehr fragil und abhängig von der politischen Situation. Als es unter Reagan zu einer Abkühlung der Beziehungen Amerikas und der Sowjetunion kommt, geht auch die japanische Regierung zur DDR auf Distanz. Es wird verstärkt auf die Einhaltung des CoCom-Embargos geachtet. Hinzu kommen wirtschaftliche Schwierigkeiten auf DDR-Seite. Die Gegengeschäfte laufen nicht so wie geplant, und das Handelsvolumen geht deutlich zurück. Ernüchtert versucht man es in der dritten und letzten Phase wenig erfolgreich mit inoffiziellen Geschäften und Spionage, um an Hochtechnologie zu gelangen.

Die DDR sah Japan nicht als Bedrohung, sondern als ein Land, aus dessen Beziehungen man politischen und wirtschaftlichen Nutzen ziehen konnte. Es gelang der DDR letztlich aber nur bedingt, durch ihre Japanpolitik die wirtschaftlichen Beziehungen auszuweiten und zu vertiefen. Die geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft war dabei eines der Hindernisse. Im Jahr 1983 importierte die DDR zehnmal mehr aus Japan, als sie exportierte. Ein derartiges Ungleichgewicht war nicht nachhaltig.

Auch was den Import moderner Technologie aus Japan zum Zweck der Modernisierung der eigenen Industrie betraf, war die Ausbeute äußerst gering. Die Delegationen der DDR versuchten mit allen Mitteln, japanisches Know-how in ihre Hände zu bekommen. Hans Modrow bezeichnete 2016 den Versuch, das CoCom-Embargo zu umgehen, sogar als "eine Hauptfrage" der Delegation.⁹² Da man auf legalem Wege scheiterte, versuchte man schließlich, der fortschrittlichen Technologie der japanischen Unternehmen illegal habhaft zu werden. Teilweise gelingen diese Bestrebungen, wie die Affäre der technischen Zusammenarbeit mit Toshiba zeigt. Mit den CoCom-Bestimmungen war es jedoch zum großen Teil erfolgreich gelungen, eine Einfuhr von Hochtechnologie nach Ostdeutschland zu unterbinden.

Auf DDR-Seite trug Günter Mittag in den Wirtschaftsbeziehungen zu Japan einen wesentlichen Teil der Verantwortung. Insgesamt reiste er fünfmal nach Japan: 1975, 1977, 1981, 1982 und 1986.⁹³ Mittag reiste mit zwei Regierungsmaschinen, wovon eine mit Gastgeschenken wie Meißner Porzellan beladen war. Auf dem Rückflug transportierte er im Austausch erhaltene Gegengeschenke, wie Haushaltsgeräte und andere elektronische Produkte. Diese in der DDR nicht erhältliche Unterhaltungs- und Haushaltstechnik wurde von Mittag innerhalb der SED verteilt.⁹⁴

Das größte Versäumnis bei den Beziehungen der DDR und Japan war wohl, daß es trotz diverser Arrangements bedeutender Politiker und Wirtschaftsleute beider Seiten, bis zuletzt zu keiner wesentlichen Vertiefung der Beziehungen kam. Der Austausch war auf eine kleine Gruppe von Akteuren beschränkt, und so konnte sich kein tieferes gegenseitiges Verständnis zwischen den beiden Ländern entwickeln. Außerdem war die SED darauf bedacht, ihre eigene Ideologie und die Partei zu schützen. Über den Handel hinaus war sie an einem echten Austausch zwischen den Ländern nicht interessiert. Von japanischer Seite war wiederum das Interesse an Ostdeutschland mit Ausnahme von kulturellen Veranstaltungen, wie Konzerten oder Gemäldeausstellungen, oder einzelnen persönlichen Beziehungen, wie jene von Modrow und einigen LDP-Abgeordneten wie Nabeshima, eher schwach.

92 Archiv des Verfassers: Hans Modrow.

93 SAPMO BArch DY30/JIV 2/2/1542, DY 30/J IV 2/2/1696, DY 30/J IV 2/2/1861, DY 30/J IV 2/2/1975 und DY 30/J IV 2/2/2175.

94 Archiv des Verfassers: Hans Modrow.

Auch auf japanischer Seite gab es Defizite. Japan und die DDR standen bei der Sicherheits- und Friedenspolitik in keinem direkten Konflikt, und weder die Regierungspartei LDP noch die Oppositionspartei SPJ hatte eingehende Kenntnisse über der DDR. Im Schatten der Diskussionen um die anderen asiatischen, sozialistischen Staaten – Sowjetunion, China, und Nordkorea – blieben die negativen Seiten der DDR, wie beispielsweise das Fehlen von Pressefreiheit aber auch die Industriespionage weitestgehend unbemerkt.⁹⁵ Auch deshalb hatte die LDP in ihrer Außenpolitik keine klare Position gegenüber der DDR. Zwar gab es in den frühen 1980er Jahren einige wenige Versuche, den Kontakt mit Ostdeutschland zu nutzen, um die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern.⁹⁶ Diese Initiative beruhte jedoch auf Fehleinschätzungen im Machtverhältnis zwischen der Sowjetunion und der DDR. An langfristigen Visionen fehlte es.

Aber nicht nur dort. Auch in Wirtschaftskreisen mangelte es an konkreten Ideen. “Wir hatten kein Gewicht für das japanische Wirtschaftssystem”, meinte Modrow.⁹⁷ Daß Vertreter der japanischen Geschäftswelt wie Yoshihiro Inayama, Präsident der Nippon Steel Corporation, oder sein Nachfolger Eishiro Saito, den Vorsitz des “Wirtschaftsausschusses DDR – Japan” innehatten, läßt darauf schließen, daß hier nicht nur wirtschaftliche Interessen im Vordergrund standen. Viele Japaner sahen Deutschland noch immer als eine Art “Mutternation”, da man nach der Öffnung Japans im Jahr 1868 zunächst Preußen und danach das Deutsche Reich als Modell für die eigene Modernisierung herangezogen hatte. Dieses Nahverhältnis war es, das namhafte Wirtschaftsfachleute dazu veranlaßte, der DDR positiv gegenüberzustehen. Diese wiederum präsentierte sich als der Staat, der das “Erbe der Kultur und Geschichte Deutschlands” bewahrte. Diese Verbundenheit führte jedoch nicht dazu, daß man ernsthaft über nachhaltige Wirtschaftsbeziehungen nachdachte.

Außerdem ging in den 80er Jahren die langjährige Deutschlandverbundenheit der Japaner aufgrund des Generationenwechsels zurück. Von DDR-Seite wurde diese Entwicklung richtig erkannt: “Es wird die Tendenz eingeschätzt, daß die jetzigen Vorstandsvorsitzenden oder Präsidenten durch jüngere und 'amerika-freundliche' Kader verdrängt werden. Die Situation wird dadurch begünstigt, daß viele Nachwuchsmanager in den USA studiert haben und ein normales ausgebildetes Interesse an amerikanischen Technologien besteht“.⁹⁸

Im Kontrast zu der Beziehung zwischen Japan und der DDR standen in den 1980er Jahren die Beziehungen Japans zu Westdeutschland: Beide Länder waren Mitglied der G 7, und anders als im Ostblock war die Wirtschaft von Freizügigkeit und Marktwirtschaft bestimmt. Zwar gab es Handelskonflikte, aber der Austausch von Menschen und Waren konnte relativ frei vonstatten gehen. 1979 war das Handelsvolumen zwischen Japan und der Bundesrepublik vierundzwanzigmal höher als jenes zwischen Japan und der DDR. 1988 betrug das Verhältnis bereits hundert zu eins. Die DDR konnte ihr Ziel, in Japan zu einem der Bundesrepublik ebenbürtigen Partner aufzusteigen, nicht erreichen. Ledig-

95 Keisatsu-chō (National Police Agency): Keisatsu-Hakusho/Showa 54 (Weißbuch der Polizei 1979) <https://www.npa.go.jp/hakusyo/s54/s540700.html>; Zugriff: 10.November.2016. “Viele Spionageaktivitäten von den Kommunistischen Länder, wie die Sowjetunion, China oder Nordkorea, sind zu beobachten”.

96 Shintaro Abe (1924-1991), Außenminister, erklärt: “Ich möchte Polen und die DDR besuchen. Die Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern sind sehr wichtig um verschiedene Probleme zwischen Japan und der Sowjetunion zu lösen”. Stenographischer Bericht vom 16.Mai 1985, Sangiin (Oberhaus): Gaimu-iinkai (Auswärtiger Ausschuß).

97 Archiv des Verfassers: Hans Modrow.

98 BStU, MfS HAXVIII 19318, S. 32, Informaton zur Aktion “Treffpunkt 85/F” Aufreten von Vertretern japanischer Wirtschaftskreise.

lich, was den kulturellen Austausch im Rahmen von Orchestertourneen oder Ausstellungen von Gemälden betraf, wovon letztere eigentlich nicht aus der Zeit der sozialistischen DDR stammten, sondern ein Erbe der Vorkriegszeit darstellten, konnte die DDR mit Westdeutschland konkurrieren. So entsandte die DDR zahlreiche musikalische Ensembles wie die Staatskapelle Dresden oder das Gewandhausorchester nach Japan. Einerseits, um die deutsche Kultur zu präsentieren, aber vor allem auch, um an Devisen zu kommen. Diese Tradition setzte sich auch nach dem Ende der DDR fort. Politische und wirtschaftliche Beziehungen hingegen sind in Vergessenheit geraten. In Japan herrscht bis heute kein Bewußtsein dafür, daß Japan Schauplatz einer Auseinandersetzung zwischen der BRD und der DDR war. Der Forschungsstand zu politischen und wirtschaftlichen Zielen ist überschaubar, und eine Aufarbeitung der Beziehungen zwischen der DDR und Japan scheint weiterhin notwendig.